Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 145 (1979)

Heft: 9

Artikel: Weltpolitische Betrachtung

Autor: Sager, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-52142

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltpolitische Betrachtung

Peter Sager

Vormarsch und Erfolgssicherung der sowjetischen Hegemonie erfolgen auf drei Ebenen. Der Griff nach dem Erdöl und nach den Metallen steht derzeit im Vordergrund. Damit wird der Westen erpressbar.

Hegemoniale Vormachtstellung der Sowjetunion

Aus ideologischen Gründen versucht die Sowjetunion eine hegemoniale Vormachtstellung zu erreichen. Erst dann wird es ihr möglich sein, die kommunistische Gesellschaft einzuführen. Unter diesem Gesichtswinkel kann die hegemoniale Vormachtstellung als verwirklicht bezeichnet werden, wenn Westeuropa und China unter sowjetische Herrschaft fallen und der Einfluss Moskaus in Afrika sowie im Nahen und Fernen Osten bestimmend geworden ist. Nord- und Südamerika könnten diesfalls in eine Isolierung gezwungen werden. Der Versuch, die kommunistische Gesellschaft einzuführen, liesse sich im übrigen Teil der Welt unternehmen.

Im Dienste dieser Zielsetzung verfolgt die Sowjetunion mit ihrer politischen Kriegführung ganz allgemein den Zweck, die eigene Position tunlichst zu stärken und die gegnerische zu schwächen. Vormarsch und Erfolgssicherung erfolgen auf drei Ebenen.

1. Direkte Ausdehnung des Herrschaftsgebietes durch Übernahme aller Verantwortung im Rahmen einer eigentlichen Sowjetisierung. Diese ist nur in den eigentlichen Randgebieten des Sowjetreiches angestrebt und folgt den geopolitischen Bedingungen des kontinentalen sowjetischen Imperiums. Gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit (Errichtung des Satellitengürtels in Osteuropa) hat diese Stossrichtung vorübergehend an Bedeutung verloren, um sie später in der letzten und wichtigsten Phase erneut zu erlangen. Alle Fortschritte auf dieser Ebene sind offensichtlich.

- 2. Einrichtung von eigentlichen Brückenköpfen globalstrategischer Natur. Dazu gehören Kuba, Angola/Mosambik, Südjemen/Äthiopien und Vietnam. Hierin muss die dynamische sowjetische Antwort auf die statische Stützpunkt-Politik des Westens seit dem Zweiten Weltkrieg gesehen werden. Statisch war die westliche Politik deshalb, weil sie von momentanen Bedürfnissen ausging. Auf die langfristige Sicherung militärischer Stützpunkte wurde als politisches Postulat wenig Bedacht gelegt. Kaum erstaunlich daher, dass diese Stützpunkte langsam entschwinden. Dynamisch ist die sowjetische Antwort deshalb, weil sie die politische Sicherung ihrer Brückenköpfe vor allem andern anstrebt. Fortschritte auf dieser Ebene sind ebenfalls offensichtlich.
- 3. Herbeiführung einer internationalen Konstellation, die in Aufbau und Entwicklung möglichst verdeckt ist, aber schlagartige Bedeutung erhalten kann und zu einer zwar indirekten, aber durchaus existentiellen Gefährdung des Westens führt. Beispiele dafür sind die Bestrebungen, die Energieund Rohstoffbasen des Westens unter sowjetische Kontrolle zu bringen. Diese beiden Beispiele seien nachfolgend etwas ausführlicher dargestellt.

Aktuell: der Griff nach dem Erdöl

Die UdSSR sucht seit Abschluss des Zweiten Weltkrieges die wichtigste Erdölquelle des Westens, den Nahen Osten, unter ihre Kontrolle zu bringen. Angelpunkt ist von jeher der Iran gewesen. Die Sowjetunion hatte 1945/46 danach getrachtet, Teiles Irans zu annektieren, dann den Schah 1952/53 zu stürzen gesucht, später in den sechziger Jahren ihn zu gewinnen gehofft. Der

Abfall Ägyptens nach Nassers Tod, der Jom-Kipur-Krieg 1973 und der Ölboykott liessen Iran vorübergehend in den Hintergrund treten. Erst die Machtübernahme durch ein prosowjetisches Regime im benachbarten Afghanistan erlaubte eine Reaktivierung der Bemühungen um Iran.

Eine in den Bereich realer Möglichkeiten gerückte Sowjetkontrolle über das nahöstliche Erdöl wird noch überschattet durch den Umstand, dass die Endlichkeit des Erdöls kostspielige und konfliktreiche Strukturänderungen erzwingt. Zwar gibt es genug Erdöl – für 10 bis 20 Jahre und zu rasch steigenden Preisen. Aber bereits heute müsste dieser unersetzliche Rohstoff anderen Verwendungszwecken vorbehalten bleiben, als Häuser zu heizen und Motoren zu speisen.

Aus dieser Sicht wird verständlich, dass der Ölboykott von 1973 eine Warnung prowestlicher Araber an den Westen darstellte. Er hätte damals schon und nicht erst heute zur vermehrten Suche nach Alternativenergien zwingen müssen.

Innerhalb von etwa 20 Jahren müssen sich Wirtschaft und Industrie aus ihrer Ölabhängigkeit lösen. Für diesen Zeitraum stellt die Kontrolle des nahöstlichen Erdöls eine gefährliche sowjetische Trumpfkarte dar. Über ein Drittel des Welterdöls wurde 1977 von den Anrainern des Persischen Golfes gefördert, unter denen der Iran die führende Macht darstellt. Diese Region produziert die grösste zum Export zur Verfügung stehende Ölmenge, auf die in erster Linie Westeuropa existentiell angewiesen ist.

Das erklärt das sowjetische Interesse am Nahen Osten hinlänglich. Die politische Zangenbewegung erfolgt von Afghanistan und Äthiopien aus, Angelpunkt sind Iran, Syrien und der Irak. Ägypten ist wegen des durch Israel verzögerten Friedensschlusses und wegen ungenügender westlicher Unterstützung kaum in der Lage, ein zureichendes Gegengewicht zu bilden.

Die Schwierigkeiten des prosowjetischen Regimes in Afghanistan werden vermutlich mit einer massiven Sowjethilfe gelöst werden, sobald das Salt-II-Abkommen im amerikanischen Senat ratifiziert ist und Moskau seine inzwischen geübte Zurückhaltung aufgeben kann. Damit bleibt Afghanistan als Basis für Iran erhalten. Dort wird das Chaos wachsen. Die einzigen Kräfte, die sich heute schon konsequent auf den Kampf um das Khomeiny-Erbe vorbereiten, sind die von Moskau unterstützten Kreise. Sollte ein prosowje-

ASMZ Nr. 9/1979 445

tisches Regime im Iran die Macht übernehmen können, müssten sich mit der Zeit alle Golfstaaten auf diese neuen Realitäten ausrichten.

Solange Westeuropa so wenig und kaum ernsthafte Anstalten zeigt, seine vitalen Interessen im nahöstlichen Raum zu verteidigen, darf Moskau grosse Hoffnungen auf einen erfolgreichen Griff nach der Erdölkontrolle hegen.

Potentiell: der Griff nach den Metallen

In Afrika südlich des Sambesi-Flusses werden etwa 85 Prozent aller afrikanischen Rohstoffe gefördert, darunter die nichteisenhaltigen Metalle, die als Veredelungsstoffe für die westliche Industrie unerlässlich sind.

Ohne Chrom gibt es noch keinen rostfreien Stahl. Fast der gesamte westliche Chrom-Bedarf (98 Prozent) wird aus Rhodesien/Zimbabwe und Südafrika gedeckt. Die UdSSR kann notfalls dank Eigenförderung ohne importierten Chrom auskommen, der Westen nicht.

Manganerz ist unersetzlich für härteste Stahllegierungen. Im südlichen

Afrika liegen 77 Prozent der westlichen Reserven, derweil die Sowjetunion auf fremde Lieferungen nicht angewiesen ist.

Vanadium wird für leichte Stahllegierungen als Basis für Hochleistungs-Pipelines, Motorenbestandteile usw. benötigt. Südafrika allein verfügt über 49 Prozent der Weltreserven, die UdSSR über 46 Prozent. Diese ist also wiederum unabhängig von Importen.

Kobalt wird vor allem in Zaire gefördert, das gegenwärtig drei Viertel des Weltbedarfs deckt. Das Metall wird für Hochleistungsturbinen und Düsenaggregate gebraucht. Eine Substitution von Kobalt erscheint realisierbar, doch werden die Konstruktionen dann etwas schwerer und weniger leistungsfähig ausfallen.

Gold und Platin stammen ebenfalls vorwiegend aus Südafrika (51 Prozent beziehungsweise 75 Prozent der Weltreserven). Die Sowjetunion besitzt immerhin 19 Prozent beziehungsweise 15 Prozent der bekannten Vorkommen.

Diese Hinweise könnten mit **Kupfer** (Zaire) und **Uranium** (Südafrika) sowie weiteren Mineralien ergänzt werden.

Die Bedeutung dieser Rohstoffe für die westliche Industrie darf nicht unterschätzt werden. Sie wird indessen als Motiv der sowjetischen Afrika-Politik weitgehend verdrängt, derweil die Erfolge des Einsatzes leichter nachzuweisen sind. Von den Basen Angola und Mosambik aus operierend, sucht Moskau die internen Lösungen in Rhodesien/Zimbabwe und Namibia zu vereiteln und führt eine vielschichtige Kampagne gegen Südafrika. Dessen Regierung verhält sich ungeschickt genug und ist, zum grösseren Teil aus eigenem Verschulden, in Westeuropa und Nordamerika auf gefährliche Weise belastet worden.

So rückt auch der erfolgreiche Griff nach den westlichen Rohstoffbasen im südlichen Afrika in den Bereich sowjetischer Möglichkeiten. Damit wird der Westen erpressbar. Zumal anzunehmen ist, dass die Sowjetunion die so erworbenen Vorteile mit grosser Zurückhaltung einsetzen wird, um den breiten Volksschichten die Einsicht in die Lage vorzuenthalten und so Reaktionen zu vermeiden.

Der Westen wird eine neue Strategie aufbauen müssen, um der bisher ernsthaftesten Herausforderung begegnen zu können.

Bücher und Autoren:

Die Stellung der Schweiz zum Sanktionssystem des Völkerbundes – von 1919 bis zur Anwendung gegen Italien 1935/36

Von Bernhard Stettler. Verlag Peter Lang, Bern 1977.

Stettler umreisst die Geschehnisse beim Beitritt der Schweiz zum Völkerbund und legt dar, dass in der Lage, in der wir uns nach dem Ersten Weltkrieg befanden, ein Fernbleiben vom Völkerbund für uns keine gute Lösung gewesen wäre und uns in eine gefährliche Isolation geführt hätte. Die in Artikel 435 des Versailler Friedensvertrags und der Londoner Deklaration vom 13. Februar 1920 erwirkte Anerkennung unserer Neutralität, unter dem Zugeständnis des Verzichts auf die Teilnahme an militärischen Sanktionen (einschliesslich Truppendurchzug), aber mit der Verpflichtung zur Mitwirkung an wirtschaftlichen Sanktionen, war die bestmögliche Regelung, die dabei erreicht werden konnte. Der damit verbundene Übergang zur differenziellen Neutralität erschien zwar nicht als ideale, wohl aber als tragbare Regelung. Da die in den folgenden Jahren unternommenen Bestrebungen um eine Revision des Sanktionensystems scheiterten, stand die ursprüngliche Ordnung beim ersten schweren Aggressionsfall, dem Angriff des faschistischen Italien auf Abessinien, im wesentlichen in Kraft.

Im Hauptkapitel seiner Arbeit schreibt Stettler in eindrücklicher Weise die Vorgänge, die sich bei den Sanktionen des Völkerbundes gegen den italienischen Friedensbrecher abspielten und vor allem die Haltung, welche die Schweiz in dieser Lage einnahm. Aus vielfachen politischen Verstrickungen waren die europäischen Mächte nicht zu einer konsequenten - und möglicherweise kriegsverhindernden - Haltung gegenüber Italien bereit; unter dem Vorwand, dass der Krieg Mussolinis lediglich ein Kolonialkrieg sei, der ausserhalb des Interessenbereichs des Völkerbundes liege, wurden die Möglichkeiten des Sanktionssystems nicht ausgeschöpft und damit dem Angreifer weitgehend freie Hand gelassen. Aber auch die schweizerische Haltung war zwiespältig und unentschlossen. Die von Motta bestimmte Politik schwankte zwischen der Sorge um die Freundschaft mit dem faschistischen Italien und dem Streben nach einer korrekten Erfüllung der Paktpflichten. Aus dieser verworrenen Lage vermochte uns kurz vor dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1938 nur der konsequente Schritt einer Rückkehr zur integralen Neutralität zu befreien, mit dem wir von der Teilnahme am Sanktionensystem dispensiert wurden. Wie sich in der Sanktionenfrage gegen Italien generell das Versagen des Völkerbundes zeigte, lag für unser Land in der differenziellen Neutralität und ihrer Handhabung eine auf die Dauer untragbare Strapazierung des Neutralitätsbe-

Die gut geschriebene, erfrischend kritische und sorgfältig dokumentierte Arbeit

Stettlers ist nicht nur ein gewichtiger Beitrag zu unserer jüngsten Neutralitätsgeschichte, sondern auch ein sehr willkommener Wegweiser zur heutigen politischen Aktualität. Kurz

Die Résistance

Von Paul Dreyfuss. 328 Seiten, mit 16 Photos, Zeittafel der französischen Geschichte, Personal- und Literaturverzeichnis. Heyne-Verlag, München 1979.

Der Titel der französischen Originalausgabe «Histoire extraordinaires de la résistance» trifft den Inhalt besser: Es werden einige besonders erschütternde Episoden der Widerstandsbewegung erzählt, vom Leben, Kämpfen, Leiden, Sterben einzelner bis zum Wirken grosser Organisationen. Wir Älteren erinnern uns daran, an das Mädchen Olga, den Leiter der Résistance, Jean Moulin, Namen wie Glières und Vercors im Savovischen. Aber vielleicht wissen auch wir nicht, dass unser Justizdepartement von der Flucht des späte-Premierministers Mendès-France durch die Schweiz wusste, aber nichts wissen wollte.

Das Buch liest sich gut. Taten wie die Sprengung der Drôme-Brücke bei Livron, durch welche der Rückzug der deutschen 19. Armee im August 1944 tagelang aufgehalten wurde, sind instruktiv. Aber man gibt sich auch Rechenschaft, wie dringend die völkerrechtliche Regelung des Partisanenkrieges ist.